

Presseerklärung Nr. 11/2013

November 2013

Pressemitteilung zum neuen Vorstand

Am 23. Oktober 2013 traf sich die Mitgliederversammlung des VLW Berlin, um einen neuen Landesvorstand zu wählen. Die Neuwahl war nach dem unerwarteten Rücktritt von Maria Gramlich notwendig geworden. Leider hat sie bis heute keine Begründung für ihren Rücktritt gegeben.

Zum neuen Vorsitzenden des Landesverbandes Berlin wurde Stefan Hirsch ohne Gegenstimme gewählt. In ihren Ämtern als stellvertretende Vorsitzende wurden Yamina Ifli und Thomas Begner, als Geschäftsführerin Martina Räther und als Schatzmeister Hartwig Büssing ebenfalls jeweils ohne Gegenstimme wiedergewählt. Sie hatten alle ihre Funktionen schon bisher mit großem Engagement ausgefüllt. Für den ausscheidenden Uwe Thews, der aus Zeitgründen nicht mehr für die Funktion des Vertreters der jungen Wirtschaftspädagoginnen und Wirtschaftspädagogen kandidierte, wurde Dr. Melanie Hoppe gewählt. Sie gehörte bisher schon als kooptiertes Mitglied dem Landesvorstand an.

In seiner Bewerbungsrede, die mit den übrigen Kandidaten abgestimmt war, ging der neue Vorsitzende auf die zukünftigen Ziele des VLW Berlin ein:

1. Man wolle unbedingt wieder die Verbeamtung der jungen Kolleginnen und Kollegen erreichen (das Land Berlin stellt seit 2004 Lehrkräfte nur noch als Angestellte ein). Dazu wolle er das Gespräch mit Mitgliedern des Berliner Abgeordnetenhauses suchen, um diese davon zu überzeugen, dass eine solche Verbeamtung auch im finanziellen Interesse des Landes liege. Um nämlich überhaupt noch Lehrkräfte für das Bundesland gewinnen zu können, zahle das Land vom ersten Tag an seine angestellten Lehrkräfte mit der höchsten Erfahrungsstufe. Im Laufe einer 30-jährigen Dienstzeit koste ein angestellter Lehrer das Land mindestens 700.000 € mehr. Für diese Summe könnten sehr lange die Pensionszahlungen für einen verbeamteten Lehrer übernommen werden. Diese Mehrausgaben trügen darüber hinaus nicht einmal zur Zufriedenheit der betroffenen Lehrkräfte bei. Vielmehr schürten sie eher noch die schlechte Stimmung in den Schulen. Allerdings wies Hirsch darauf hin, dass es bis zu einer Wiederaufnahme der Verbeamtung durch den Berliner Senat unbedingt notwendig sei, dass sich der VLW Berlin stärker um die tarifbeschäftigten Lehrkräfte kümmere als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen sei. Dieses Feld dürfe nicht der GEW überlassen werden.
2. Der neue Vorstand wolle die Auseinandersetzung mit der GEW forcieren. Es sein notwendig sich stärker von ihr abzugrenzen und die Unterschiede zwischen einer DGB-Gewerkschaft und einem Fachverband des Deutschen Beamtenbundes klarzumachen. Vor allem soll immer wieder darauf hingewiesen werden, dass die GEW-Funktionäre sich in ihrer großen Mehrheit hätten selbst verbeamtet lassen und nun diesen Status für ihre jungen Kolleginnen und Kollegen ablehnten.

-
3. Der neue Vorstand wolle eine Besoldungsperspektive für die verbeamteten Lehrkräfte und die Pensionäre bis 2017 erreichen. Besoldungsperspektive bedeute, dass bis dahin eine Angleichung der Gehälter an den Durchschnitt der Beamten der übrigen Bundesländer erreicht werde.
 4. Der VLW strebe eine langfristige Zusammenarbeit mit der Schwesterorganisation BLBS an, um die Schlagkraft dieser beiden Fachverbände innerhalb des Deutschen Beamtenbundes zu stärken. Als Fernziel könne sich Hirsch eine Fusion der beiden Verbände nach dem Vorbild Baden-Württembergs unter dem möglichen Namen „Berufsschullehrerverband“ vorstellen.

Nach der viel Beifall bedachten Rede war von einem „Aufbruch“ im Landesverband Berlin die Rede.